

Berlusconisierung der deutschen Politik

Fritz W. Peter, Anfang Juli 2005

Nun ist sie da, die „Berlusconisierung“ der Politik, frivol herbeigeführt von Rot-Grün! Auf europäischer Ebene wurde aus demselben politischen Lager dagegen gewettert, jetzt hat man im nationalen Rahmen ungeniert selbst dafür gesorgt. Der 1. Juli 2005 verdient es, als definitives Schluss happening der derzeitigen Regierungspraktikanten in die Parlamentsgeschichte einzugehen.

Schröder brachte es – auch nach sechs langen Wochen seit dem Wahltag in NRW – *nicht fertig*, eine Begründung für seinen Schritt zu liefern, die geeignet gewesen wäre, als verfassungsrechtlich „belastbar“ bezeichnet zu werden. Weiter unterlaufen wurde die schwache Argumentationsführung durch den aberwitzigen Satz Münteferings, die Opposition könne ja ein Misstrauensvotum veranlassen und würde dann sehen, dass sie keine Mehrheit hat; anders gesagt, der Kanzler begründet seinen Schritt mit einer fehlenden Vertrauensbasis in seiner Partei, und der Vorsitzende dieser Partei erklärt gut gelaunt, dass das Vertrauen vorhanden sei! Dies alles vor dem so bezeichneten Hohen Haus, das Schröder erst nach sechs langen Wochen von seinen Gründen in Kenntnis setzte – „aus Respekt“, wie er als Teil seines Spiels behauptet.

Schröder wurde von allerlei Seiten „staatsmännische Haltung“ attestiert. Wie ist damit z.B. in Einklang zu bringen, dass er Begründungen heranzog, die neben der Sache lagen? So argumentierte er mit den für ihn ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat – so als sei dies der Zeitpunkt für einen Exkurs über Vorzüge einer Präsidialdemokratie! Ist ihm denn nicht bewusst geworden, dass er Kanzler in *deutschen* Umständen ist, also nicht in einer Präsidialdemokratie? Will er etwa sagen, dass seine Politik scheiterte, weil nach deutscher Verfassung der Bundesrat eine kritische Funktion innehat und ausüben kann? Wenn ja, würde ihn *dies* wohl berechtigen, ein Vertrauensvotum herbei zu führen? Nicht jedenfalls nach Verfassungsrecht!

Mit der Bundesratssituation argumentierte er in seiner Rede nicht nur beiläufig, sondern in ausgedehnter Form. Er scheute sich außerdem nicht vor billiger, deplatzierte Polemik: „*Ersichtlich geht es der Bundesratsmehrheit ... nicht mehr um inhaltliche Kompromisse oder staatspolitische Verantwortung, sondern um machtversessene Parteipolitik, die über die Interessen des Landes gestellt werden.*“ Abgesehen davon, dass er damit nicht zuletzt *eigene* Dispositionen beschreibt, verwechselt Schröder wiederum Ort und Ebene (wie damals in Goslar), also staatstragendes Verhalten mit Verhaltensweisen aus den „Niederungen der Politik“.

Noch vor kurzem willigte er in einen „Job-Gipfel“ mit der Opposition ein. Warum sollte er dies mit einem Gegner tun, dem es „*nicht mehr um inhaltliche Kompromisse oder staatspolitische Verantwortung*“ geht? Schröders Bewertung: „... *machtversessene Parteipolitik, die über die Interessen des Landes gestellt werden*“ steht im Widerspruch zur Einschätzung, die ihn veranlasst hatte, das Gespräch zu führen, bei dem ja auch Vereinbarungen erzielt wurden (*inhaltliche Kompromisse*, s.o.), wie die Herabsetzung der Körperschaftssteuer auf 19%. Für Aufkommensneutralität sollte dann sein Minister sorgen. Man kennt das Ergebnis der Regierungs- und Fraktionsarbeit: Es war, kurz gesagt, nicht zustimmungsfähig.

Kann man der Opposition für mangelnde Regierungsarbeit Vorwürfe machen? Nicht ernstlich! Noch unseriöser ist es, dies *im Rahmen der Begründung des Vertrauensvotums* zu tun. Ist eine staatspolitische Situation der Ort für parteipolitische Ablenkungsmanöver?

Das dem Kanzler von der Opposition abverlangte Entgegenkommen stellte seine Agenda 2010 nicht infrage. Wo ist also der Sinn der Attacke auf die Opposition, zumal sie das Kernanliegen seiner Politik nicht gefährdete? Aufgabe war es für Schröder, glaubhaft zu machen, dass die Basis für ein „stetiges Vertrauen“ in seine Politik *entfallen* war und dass dies nach Lage der Dinge im Parlament *nicht heilbar* sei. Auf die Oppositionsparteien einzudreschen, die im Parlament eine Minderheit der Sitze einnehmen und denen im Verfassungsstaat als Opposition eine systematische Rolle zufällt, lenkt nur vom Thema ab.

Eine seriöse Stellungnahme, die einen nachvollziehbaren Konnex zwischen Vertrauensfrage und verfassungsorientierter Begründung zeigt, hat Schröder jedenfalls in den Passagen zu Bundesrat und Opposition nicht vorgelegt. Eine Rede, die sich *konzentriert und auf Ablenkung und Blendwerk verzichtet* (aus tatsächlichem Respekt vor der Verfassung und den Verfassungsorganen), wollte er nicht halten – und überstieg wohl auch sein Repertoire und das der Noch-Regierung. Kostproben davon lieferten die Reden Münteferings (siehe oben – ihn stach der Hafer) sowie Fischers, der im Straßenjargon und disziplinos ohne Themenbezug formulierte, das Stilmittel irgendwo zwischen Wahlkampf- und Büttenrede suchend. Die mit Erfolgen nicht verwöhnten Abgeordneten des Regierungslagers waren begeistert.

Müßig zu erwähnen, was nahezu jedermann in Deutschland mittlerweile bewusst ist: Nicht nur würde sich auch nach einer Neuwahl an den für Rotgrün ungünstigen Gewichten im Bundesrat nichts ändern, auch hatte die NRW-Wahl nicht zu einer grundsätzlichen Veränderung im Sinne einer 2-Drittel-Mehrheit im Bundesrat geführt. Wenn eine Bezugnahme auf den Bundesrat also überhaupt Sinn gemacht hätte, zeigt ein Blick auf die faktischen und praktischen Gegebenheiten,

dass Rechtfertigungsgründe für eine Neuwahl daraus jedenfalls nicht abgeleitet werden können. Wenig niveauvoll oder „staatsmännisch“ stützte sich Schröder mit einem Teil seiner Argumente dennoch auf das Bundesratsthema.

Der FOCUS zollt in seiner Ausgabe v. 4.7. der Rede Schröders unverständlicherweise Lob für ihre Fachlichkeit; u.a. heißt es:

„An dieser Rede hat der Kanzler so intensiv gearbeitet wie an keiner anderen“, verrät ein Schröder-Vertrauter. Mit fachlicher Hilfe seiner Kanzlerbeamten hatte er den Ablauf und die wesentlichen Argumente sortiert. Bis Donnerstagabend musste dann Otto Schily, der Verfassungsminister und Schröders engster Freund im Kabinett, den Text durcharbeiten. Auch Parteichef Müntefering, Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier sowie Vizekanzler Joschka Fischer durften drüberlesen. (...)

Man kann sich gut vorstellen, wie jeder der Genannten noch mit kleinen Tipps zur Stelle war, wie man und gegen wen man den einen oder anderen Hieb führen sollte. Schröder war auf die Pflege des Umfelds, war auf Zutun und Zuspruch angewiesen und wird sich nicht verschlossen haben wollen. Sein Hieb gegen Oskar Lafontaine, der bekanntlich keinen Sitz im Parlament hat, demnach nicht Teil der parlamentarischen Basis ist, auf die Schröder sein „stetiges Vertrauen“ gründen muss, wird aber wohl nicht nur auf Zuraten geführt worden sein. Weist dies eine staatstragende Rede aus, dass man darin nachtritt und private Scharmützel führt?

In jedem Fall ist auch mit dem Hinweis auf „einen ehemaligen SPD-Vorsitzenden“ am Thema vorbeigeredet worden. Viele Kommentatoren, die im Kanzler per se etwas „Staatsmännisches“ sehen wollen, kümmert dies nicht. Er konnte sich sieben Jahre verhalten und fehlverhalten wie er wollte und erntet immer noch ungerechtfertigtes Lob für „staatstragendes“ Auftreten. Selbst Schröders Hang zur böartigen und verlogenen Verunglimpfung politischer Gegner ändert am Wohlwollen und der Nachsicht, die man ihm in der Kommentierung angedeihen lässt, oftmals wenig. Schröder – Deutscher Bundestag – 1. Juli 2005:

*(...) Diese Debatte hat so weit geführt, dass SPD-Mitglieder damit drohten, sich einer rückwärts gewandten, linkspopulistischen Partei anzuschließen, **die vor Fremdenfeindlichkeit nicht zurückschreckt**. Einige haben diesen Schritt vollzogen, an die Spitze jener Partei hat sich ein ehemaliger SPD-Vorsitzender gestellt. [**Hervorhebung** durch mich]*

Man mag ja die linke Konkurrenz als Irrläufer bekämpfen, aber der Anwurf der Fremdenfeindlichkeit ist im Wesentlichen populistische Falschspielerei – wie wir sie von Schröder kennen.

Im Weblog eingestellt unter

Berlusconisierung ...

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=53>

Weitere Texte unter

Die Politik der leeren Hand. Teil 1

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=52>

„Schröder hat fertig!“ (v. Mai 05)

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=50>

Ende der Krötenwanderung (5/05)

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=43>

Don Müntes Selbstkarikatur (4/05)

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=40>

(stag)NATION DEUTSCHLAND

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=39>

(v. März 05)

Zur Reformthematik siehe u.a.

Reformfähigkeit zweifelhaft

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=38>

Europa in seinem Lebensabend

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=37>